

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 8. April 2013**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz (ab 13:35 Uhr), Metzger, Sczuka, Wersch	(CDU)
Fokken (ab 13:20 Uhr), Hestler, Kaufmann (bis 16:25 Uhr), Möhrle	(SPD)
Brischke (bis 17:30 Uhr), Haußmann, Lenk (bis 17:55 Uhr)	(FDP-FW)
Häuser, Hesky (bis 17:30 Uhr), Jasper, Ostfalk (bis 17:40 Uhr)	(Freie Wähler)
Besa, Fauth-Rank	(GRÜNE)
Die stv. Ausschussmitglieder: Gruber-Seibold	(SPD)
Wilhelm (bis 17:30 Uhr)	(FDP-FW)
Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich Kreiskämmerer Geißler Dezernent Bauer Herr Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung und Kultur Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken	(Top 7)

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung 13:00 Uhr
Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:00 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:30 Uhr

Ender der nichtöffentlichen Sitzung 14:55 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 16:25 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:00 Uhr

§ 1

Schulbericht zu den Schulen des Rems-Murr-Kreises

(Drucksache 2013-6-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Lage der Beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der aktuellen Bildungsdiskussion. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt. Hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen befindet man sich insgesamt auf einem stabilen Niveau, das aufgrund der demografischen Entwicklung von leicht zurückgehenden Schülerzahlen beeinflusst werde.

Dennoch sei die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unsicherer denn je, da auch sie vom schnellen Umbruch in der Bildungslandschaft betroffen seien. Dies werde bei Betrachtung der Übergänge auf die weiterführenden Schulen erkennbar, die sich nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung deutlich verändert hätten. So habe sich innerhalb von zwei Jahren, der Anteil der Haupt- und Werkrealschulen mehr als halbiert, während der Anteil der Realschulen und Gymnasien tendenziell steigt. Auffallend sei jedoch, dass nach den vorläufigen Anmeldezahlen, diese Steigerung bereits ein Ende gefunden habe und insbesondere der Anteil der Gymnasien nach diesen Zahlen bereits wieder gesunken sei. Die neu eingeführten und bisher nur punktuell angebotenen Gemeinschaftsschulen, würden nach zwei Jahren bereits eine Übergangsquote von knapp 6 % erreichen.

Hier Dr. Vogt erläutert die Auswirkungen auf die Beruflichen Schulen aufgrund dieser Entwicklung. Wichtigster Bereich der Beruflichen Schulen sei mit 59 % nach wie vor das Duale System. Hier seien die Zahlen bislang stabil, auch wenn hier der „Kampf“ um die zurückgehenden Köpfe härter werden dürfte. Auch ein Teil der Abgänger von den Gemeinschaftsschulen werde in eine duale Ausbildung gehen. Wichtig sei dabei, dass das Verhältnis zwischen Berufsausbildung und Studium im Lot bleibe und der Rückgang bei den Haupt- und Werkrealschulen nicht zu einer Überakademisierung führt. Die Sicherstellung der dualen Ausbildung müsse somit eines der wichtigsten Ziele der künftigen Schulentwicklung sein.

Noch weit mehr betroffen vom Wandel im Bildungssystem sei das Übergangssystem an den Beruflichen Schulen, das alle Schularten umfasse, die nach dem allgemeinen Schulabschluss und vor

einer Ausbildung oder einem Studium zusätzliche Qualifikationen vermitteln oder nachholen. Hier werde wohl, wenn in den Gemeinschaftsschulen mehr Schüler zum Mittleren Bildungsabschluss geführt würden, die Nachfrage zurückgehen. Dennoch habe es seine wichtige Bedeutung zum Beispiel auch in der zusätzlichen Qualifizierung von schwächeren Schülern. Hier werde zurzeit das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VAB) flächendeckend eingeführt, welches das bestehende Berufsvorbereitungs- und das Berufseinstiegsjahr ablösen solle. Auch an den Schulen des Kreises habe man mit dem VAB bereits gute Erfahrungen gemacht. Besonderheiten seien hier das Ganztagesangebot, die Möglichkeit der Einführung eines Schwerpunkts zum Erwerb von Deutschkenntnissen und die intensive sozialpädagogische Betreuung. Für die schwächeren Schüler sei dies ein wichtiges Angebot, das auch die Gemeinschaftsschulen so nicht leisten können.

Die Zukunft der Zweijährigen Berufsfachschulen, die nach dem Hauptschulabschluss in Verbindung mit einer beruflichen Grundbildung zum Mittleren Bildungsabschluss führen würden, sei noch sehr ungewiss, da hierfür die Schüler gegebenenfalls die Gemeinschaftsschulen vorzeitig verlassen müssten.

Immer wichtiger werde der Bereich der Beruflichen Gymnasien, der in den vergangenen fünf Jahren bereits einen Schülerzuwachs von über 25 % erzielt habe. Inzwischen seien nach langem Bemühen, 3 von 4 neuen Profilen, die 2011 beschlossen wurden, genehmigt worden. In Zukunft würden die Beruflichen Gymnasien zusätzlich in vielen Fällen die Sekundarstufe II für die Gemeinschaftsschulen darstellen, weil wegen der zu erwartenden Schülerzahlen gewiss nicht alle Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe führen könnten. Gleichzeitig seien diese immer wichtiger für eine rechtzeitige und ausreichende Qualifizierung für viele Studiengänge, für welche die bloße Allgemeinbildung nicht mehr ausreiche.

Aus den genannten Gründen werde deshalb die Abstimmung des Angebots der Beruflichen Schulen auf die Allgemeinbildenden Schulen und die Information über die möglichen Übergänge immer wichtiger. Mehr denn je gelte, dass für jeden Schüler der individuell passende Weg gefunden werden müsse. Deshalb sei notwendig, dass die anstehende Regionale Schulentwicklung, die Verzahnung mit dem Beruflichen Schulwesen umfasse und berücksichtige. Dies gelte sowohl für die bereits angesprochene Notwendigkeit der sachgerechten Planung der Oberstufe für die Gemeinschaftsschulen als auch für die gezielte Einrichtung eines 6-jährigen Beruflichen Gymnasiums, das begabte Gemeinschafts- oder Realschüler schon frühzeitig z. B. für ein Ingenieurstudium qualifizieren könne. Diese enge Verzahnung der Schulen und die dadurch bedingte Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt sollte Anlass dazu sein, auch im Rems-Murr-

Kreis das Landesprogramm Bildungsregion umzusetzen, wie dies inzwischen in der Mehrzahl der Landkreise geschehen sei. Gleichzeitig wäre dies auch eine Möglichkeit, die durch das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ gewonnenen Erkenntnisse nachhaltig weiterzuführen.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt legt zur Situation bei den Sonderschulen dar, die Entwicklung der Schülerzahlen, sei insgesamt erstaunlich stabil. Wie die weitere Entwicklung aussehen werde, hänge sehr stark von der neuen schulgesetzlichen Regelung der Inklusion ab, die dringend erwartet werde. Inzwischen seien jedoch schon zahlreiche Integrationsprojekte entwickelt worden, so z.B. sieben Außenklassen der Behindertenschulen an allgemeinbildenden Schulen, eine Außenklasse in umgekehrter Integration und eine Integrationsgruppe am Schulkindergarten. Zudem verweise er auf die weiteren Maßnahmen auf der heutigen Tagesordnung.

Der Geschäftsführende Schulleiter der beruflichen Schulen, Oberstudiendirektor Weißert, erläutert die Entwicklung der Schülerzahlen anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er berichtet, dass es einen leichten Rückgang bei den Schülerzahlen gegeben habe. Im Gewerblichen Bereich sei dies deutlicher. Die Entwicklung an den einzelnen Standorten sei sehr unterschiedlich, was mit den jeweiligen Berufen zusammen hänge. So habe es leichte Abnahmen bei den Bauberufen und im Nahrungsbereich gegeben. Beim Berufseinstiegsjahr sei die Zahl stark zurückgegangen zugunsten der 2jährigen Berufsfachschulen, da dort der bisher geforderte Notendurchschnitt aufgehoben worden sei. Voraussichtlich würden aber 20 – 30 % der Schüler das Klassenziel nicht erreichen. Zuwächse gebe es vor allem bei den Elektroberufen, bei den Verkäufern und bei den Beruflichen Gymnasien. Erstaunlicherweise sei auch bei der 1jährigen Berufsfachschule ein Anstieg zu verzeichnen. Rückläufige Zahlen bei den Ausbildungsberufen gebe es insbesondere beim Handwerk, zum Teil aber auch bei der IHK. Grund hierfür sei der demographische Wandel und die mangelnde Qualifikation, sodass aktiv um Auszubildende geworben werde. Bei den Beruflichen Gymnasien seien die Anmeldezahlen nochmals gestiegen. Der Ausbaustand entwickle sich gut. Insgesamt seien die Beruflichen Schulen gut aufgestellt, Sorge bereiten jedoch die unzureichenden Stellenbesetzungen, was sich negativ auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsangebote auswirke.

Landrat Fuchs befürchtet, dass bei der Lehrerversorgung die allgemeinbildenden Schulen bevorzugt würden. Wichtig sei, dass eine Verzahnung mit den neuen Schularten der Allgemeinbildenden Schulen erfolge im Rahmen der Schulentwicklungsplanung.

Kreisrat Hestler erklärt, der Bericht zeige, dass die Beruflichen Schulen des Kreises auf einem guten Weg seien. Es biete sich auch die Perspektive, dass die beruflichen Gymnasien „Aufsetzerschulen“ als G 9 und mit den 6jährigen Zügen werden könnten. Da es für die Unterstützung für den Übergang von Schule und Beruf sehr viele Anbieter gebe, bitte er um Auskunft, ob hier eine Koordination der Angebote erfolge.

Kreisrat Lenk stellt fest, dass die Schulen gut aufgestellt seien. Es sei ein Glücksfall gewesen, dass in diesem Jahr noch neue Klassen und Profile genehmigt worden seien. Andererseits bewege sich das Berufliche Schulwesen, aufgrund der veränderten Schulpolitik schwierigen Zeiten entgegen. Schon bisher sei die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsebenen in Baden-Württemberg sehr hoch gewesen. Wenn ein zweigliedriges Schulsystem eingeführt werden solle, müsse dabei beachtet werden, dass es momentan eigentlich ein fünfgliedriges gebe. Er halte es für bedenklich, dass das G 9 wieder eingeführt werde, zumal bei den beruflichen Gymnasien bereits gut ausgebaute Strukturen vorhanden seien. Es würde ihn freuen, wenn die Ausschreibungsquote zur Besetzung der Lehrerstellen tatsächlich 60 % betragen würde, da diese momentan nur bei 30 % liege. Er rege zudem an, den Arbeitskreis Schulentwicklung wiederzubeleben und aufzuzeigen, wie sich die Schulen des Kreises aufstellen z.B. hinsichtlich der Einrichtung von Fachklassen und des 6jährigen Gymnasiums. Die Inklusionsprojekte seien grundsätzlich zu begrüßen, hätten aber auch Grenzen. Er bitte um einen Bericht im Ausschuss.

Kreisrätin Fauth-Rank erklärt, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen begrüße die zusätzlichen Angebote in den Beruflichen Gymnasien. Sie interessiere, wie die Aussichten für die noch ausstehenden Schularten seien und bitte um Erläuterung der Situation bei der Lehrerversorgung. Außerdem bitte sie darum, über die integrative Beschulung zu berichten. Die Reaktivierung des Arbeitskreises Schulentwicklung werde auch von ihrer Fraktion befürwortet.

Kreisrat Sczuka plädiert dafür darauf zu achten, was mit den Beruflichen Schulen passiere, zumal auch noch private Träger aktiv seien und vor dem Hintergrund das Lehrerstellen nicht besetzt werden könnten.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt bestätigt, dass es im Bereich des Übergangs von Schule zum Beruf tatsächlich ein vielfältiges Angebot mit über 40 Anbietern vom Kreisjugendring bis zum Berufsbildungswerk gäbe. Im Rahmen des Projekts Lernen vor Ort werde versucht, alle Bildungsträger zusammenzuführen und zu koordinieren. Die Einrichtung der sechsjährigen Gymnasien erfolge im Rahmen der regionalen Schulentwicklung.

Oberstudiendirektor Weißert antwortet ergänzend, die Unterrichtsversorgung in diesem Schuljahr sei ordentlich, für Schulen mit gestiegenen Schülerzahlen jedoch weiterhin schwierig.

Sonderschulrektorin Falk erläutert die Maßnahmen zur integrativen Beschulung in Außenklassen. Hier würden Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt und es erfolge nach Möglichkeit eine entsprechende Raumnutzung für die gemischten Gruppen.

Der Ausschuss nimmt den Schulbericht zu den Schulen des Rems-Murr-Kreises zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 2

Maßnahmen zur Integration von Behinderten

a) Einrichtung einer Klasse zur kooperativen Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV) an der Gewerblichen Schule Backnang (Drucksache 2013-7-VSKA08.04.)

b) Einrichtung einer integrativen Gruppe am Schulkindergarten in Fellbach-Schmidlen (Drucksache 2013-8-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 2013-7.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 2013-7.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Einrichtung einer Klasse zur kooperativen Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV) an der Gewerblichen Schule in Backnang in Form einer Sonderberufsschule als Schulversuch nach § 22 des Schulgesetzes wird zugestimmt.

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 2013-8.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 2013-8.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Einrichtung einer altersgemischten Kindertagesgruppe mit verlängerten Öffnungszeiten am Schulkindergarten in Fellbach-Schmidlen und dem Abschluss eines entsprechenden Kindergartenvertrages mit der Stadt Fellbach wird zugestimmt, dem Kreistag wird die Ausweisung der notwendigen 2,5 Stellen im Stellenplan 2014 empfohlen.

Auszüge:

2 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 3

Ergänzende Betreuungsangebote an den Fröbelschulen in Fellbach und Schorndorf
(Drucksache 2013-9-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 9-2013 zusammenfassend.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Einrichtung eines ergänzenden Betreuungsangebotes wie dargestellt wird zugestimmt.
2. Wie bei den Beruflichen Schulen werden die Landesmittel des Jugendbegleiterprogramms durch Kreismittel um 50% aufgestockt und pro Gruppe eine jährliche Pauschale von 400 Euro für Sachmittel gewährt.
3. Der Elternbeitrag für dieses Angebot wird auf 15 Euro pro Monat festgesetzt.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 4

Integrierte Rettungsleitstelle - Direktanbindung an das BOS-Digitalfunknetz
(Drucksache 2013-10-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen. Er übergibt die Sitzungsleitung an Erster Landesbeamter Friedrich und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung zurück.

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisbrandmeister Schmidt erläutert die Drucksache 2013-10. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Sczuka, die Einführung bei den Feuerwehren sei ab 2014/2015 geplant. Das Innenministerium habe eine Bezuschussung zugesagt. Die flächendeckende Einführung dauere voraussichtlich drei bis vier Jahre. Herr Schmidt antwortet Kreisrat Dr. Ketterer, dass die Digitaltechnik auch eine Verschlüsselung ermögliche.

Jasper begrüßt die Einführung der digitalen Funktechnik, die enorme Verbesserungen für alle beteiligten Kräfte bringe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Rems-Murr-Kreis gewährt dem DRK Kreisverband Rems-Murr e.V. einen Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 175.000 Euro für den Ausbau der Integrierten Leitstelle mit der „Direktanbindung“ (Stufe 2) an das BOS-Digitalfunknetz (Gesamtauftragswert 350.000 Euro).
2. Der Zuschuss wird erst freigegeben, wenn das Regierungspräsidium eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Gewährung einer Landeszuwendung in Höhe von 40% des Landkreisanteils (70.000 Euro) erteilt hat

Auszüge:

1 Dezernat 4

1 Kreisbrandmeisterstelle

§ 5

Übertragung weiterer Aufgaben auf den Geschäftsbereich Kreisprüfung

a) Prüfung des Jahresabschlusses und der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bei der Schwäbischen Waldbahn GmbH

b) Rechnungsprüfung beim Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr-Kreis e.V.

(Drucksache 2013-11-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache__.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung

Empfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der GB Kreisprüfung wird mit der jährlichen Prüfung des Jahresabschlusses in Anlehnung an die handelsrechtlichen Regelungen sowie die jährliche Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bei der Schwäbischen Waldbahn GmbH beauftragt.
2. Der GB Kreisprüfung wird mit der Rechnungsprüfung beim eingetragenen Verein „Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr-Kreis“ beauftragt.

Auszüge:

- 1 GB Kreisprüfung
- 1 GB Verkehr
- 1 GB Landwirtschaft

§ 6

Spendenbericht

(Drucksache 2013-12-VSKA08.04.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache_.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 2013-12 aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

§ 7

Bericht zur betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken und Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, berichtet über die Entwicklung der Kliniken im vergangenen Quartal und den Sachstand der Bauarbeiten anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er hebt hervor, dass die Verweildauer weiterhin rückläufig sei. Die DRG-Entwicklung sei insgesamt ebenfalls positiv. Herr Winter erläutert die Veränderungen in jeweiligen Kliniken und Abteilungen wie in der Präsentation dargestellt. Er legt zum Stand des Klinik-Neubaus in Winnenden dar, nach dem aktuellen Rahmenterminplan sei die bauliche Fertigstellung im August, die technische Inbetriebnahme im Oktober und der Umzug im November geplant. Herr Winter stellt den Stand der einzelnen Gewerke vor. Die Kostensituation liege aktuell bei 282 Mio. Euro und somit 16,1 Mio. Euro über dem Plan, wovon 4,1 Mio. Euro auf die Weiße Wanne entfallen würden. Das Land Baden-Württemberg erhöhe seine Förderung um 1 Mio. Euro für Medizintechnik auf 77,7 Mio. Euro. Der Auftrag zum Bau des Haus B sei im Februar erteilt worden.

Kreisrat Hesky fragt nach den Gründen für die Kostensteigerung zwischen Januar und Februar 2013 und der Fertigstellung des Haus B.

Geschäftsführer Winter antwortet, die Kostensteigerungen seien auf eine Vielzahl kleinerer Änderungen bei den Planungs- und Baukosten zurückzuführen. Der Umzug der Verwaltung sei noch offen. Die Kindertagesstätte solle im April 2014 fertig sein.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken und den Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 8

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert